

Pressemitteilung

CDU will Anreize zur Begrünung von Vorgärten

Links-Koalition ist für finanzielle Anreize nicht bereit und setzt einseitig auf verwaltungsrechtliches Vorgehen.

GIESSEN. Zur fünften Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und des vorangehenden Ausschusses für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr stellte die CDU-Fraktion der Stadt Gießen einen Antrag, der verschiedene Anreize zur Begrünung von (Vor-)Gärten vorsah. Zum einen setzt sich die CDU-Fraktion dafür ein, dass bereits frühzeitig vor einem etwaigen Baugenehmigungsverfahren oder Ähnlichem durch Aufklärung und Beratung über den Sinn und Zweck von begrüneten Vorgärten und über Nachteile von Stein- und Schottergärten informiert werden soll. Zum anderen soll der Magistrat ein Förderprogramm auflegen, welches zum Erhalt von bestehenden begrüneten Vorgärten oder zum Rückbau von zum Beispiel verschotterter Vorgärten beiträgt.

Immer öfter greifen Hauseigentümer bei der Gestaltung ihrer (Vor-)Gärten zu Steinen und versiegelten Flächen. Solch bedeckte Freiflächen mögen zwar pflegeleicht erscheinen und in Einzelfällen auch optisch zu einem Gebäude passen. „Der Nachteil solcher Flächen besteht aber darin, dass sie sich und damit die Umgebung stärker aufheizen als eine begrünete Fläche. Da Steine außerdem die Hitze des Tages speichern sind auch nachts die Temperaturen höher als über begrüneten Flächen. Welche Folgen die zunehmende Überhitzung gerade in dicht bevölkerten Gebieten hat ist hinlänglich bekannt.“, führt Christine G. Wagener zum Antrag aus.

Auch könne nur ein geringer Anteil des Niederschlagswassers versickern, Schottergärten schaden dem Artenreichtum und beschleunigen das Insektensterben. „Um diesem Trend entgegenzuwirken, soll die Stadt Gießen Anreize schaffen. In präventiver Hinsicht bietet sich ein niedrigschwelliges Vorgehen an. Dies kann z. B. durch Flyer oder Merkblätter geschehen, die der Baugenehmigung oder bei Antragstellung ausgehändigt werden, um so die Bauherren von Anfang an für das Thema zu sensibilisieren. An die Allgemeinheit gerichtet können Broschüren Tipps und Ratschläge geben, die auch im Internet veröffentlicht werden sollten“, merkt Fraktionsassistent Maximilian Roth an.

„Ein (finanzielles) Förderprogramm soll zudem Anreize schaffen, Vorgärten so belassen wie sie sind bzw. bestehende Schottergärten oder Ähnliches zurückzubauen. Etliche Städte in Deutschland haben bereits ein solches Förderprogramm mit großem Erfolg aufgelegt“, sagt Christine G. Wagener.

Auf Antrag eines Grünen-Stadtverordneten wurde eine getrennte Abstimmung zu diesem Antrag vorgenommen. Während die Beratung und Information durch die Stadtverwaltung einstimmig

Pressemitteilung

angenommen wurde, stimmte der Bau-Ausschuss gegen das Förderprogramm, da nach Ansicht der Mehrheit bestehende Schottergärten bereits illegal seien. „Ohne diese Frage juristisch ins Detail zu klären, bringt die Linkskoalition damit zum Ausdruck, dass sie keine Anreize zugunsten der Bürgerinnen und Bürger setzen will, sondern Verbote mittels verwaltungsrechtlicher Verfügungen durchsetzen und vollstrecken will“, findet Roth: „Das ist ein ganz falscher Ansatz.“

Die Stadtverordnetenversammlung wird darüber wahrscheinlich in ihrer Dezembersitzung beraten.

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Veröffentlichung